

TauBlog

Écrasez l'infâme!

Rasanter Abstieg

André Tautenhahn · Monday, July 24th, 2023

Der Begriff Zeitenwende hat derzeit Konjunktur. Er wird vielfach verwendet, zum Beispiel in der Verkehrs- und Energiepolitik. Die stärkste Verknüpfung besteht aber zur Verteidigungspolitik. Dort ist die Zeitenwende anhand von großen Zahlen sichtbar gemacht worden. Das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr, darüber hinaus die geplanten Aufwüchse im Haushalt des Verteidigungsministeriums, obwohl die Ampelregierung mit Verweis auf die Schuldenbremse die Ausgaben an allen anderen Stellen radikal kürzt. Das ist ein Rückfall in den deutschen Dogmatismus, der sich der ökonomischen Zeitenwende verschließt.

Es ist etwas im Busch. Immer weniger glauben noch an den berühmten Satz der Kanzlerin a.D. Angela Merkel, wonach das Land stärker aus einer Krise herauskommen werde, als es hineingegangen ist. Der aktuelle Kanzler Olaf Scholz meinte sogar, Deutschland werde ein neues Wirtschaftswunder erleben. Die Realität sieht anders aus. Deutschland verliert und zwar rasant, nicht nur an Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum – die Rezession ist bereits da – sondern auch an Perspektiven. Außenpolitisch steuert es orientierungslos, weil die Regierung keine Vorstellung von deutschen Interessen hat. Das belegt unter anderem das seitenlange Geschwafel über eine neue China-Strategie, die man stark verwässern musste, um sie nicht zu sehr nach einer bloßen Umsetzung des aggressiven amerikanischen Kurses aussehen zu lassen. Den kann man sich in Europa aufgrund der Abhängigkeit von globalen Lieferketten auch gar nicht leisten.

China soll nun „Partner, Konkurrent und Systemrivale“ sein. Ein seltsamer Dreiklang, der nicht harmoniert. Statt Pragmatismus ist das ein neuer unauflösbarer Dogmatismus, der sich nur mit erheblicher Eierei und unter Inkaufnahme von Widersprüchen und Missverständnissen wird durchhalten lassen. Ein Verzicht auf China ist für die deutsche Industrie indes **undenkbar**. Sie hält nichts von einer Regierung und EU-Kommission, die offenbar mehr den USA gefallen möchten, als sich Gedanken über die langfristigen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Deutschlands und Europas zu machen. Die Abwanderung von Unternehmen ist da nur ein drohendes Szenario, das immer wahrscheinlicher wird. Das führt bereits zu politischen Reaktionen, vor allem da, wo ein Weggang der Industrie viele Jobs kosten und viel Schaden anrichten könnte.

Niedersachsens Politik und Wirtschaft fordern günstigeren Strom für alle

Senkung der Stromsteuer und Streichung von Netzentgelten sind Eckpunkte in gemeinsamem Positionspapier / Warnung für Abwanderung von Unternehmen und Jobverlusten

Von Marco Seng

Hannover. Politik und Wirtschaft in Niedersachsen haben die Bundesregierung aufgefordert, die Strompreise für Bürger und Unternehmen in Deutschland deutlich zu senken. In der rot-grünen Landesregierung gibt es Befürchtungen, dass andernfalls die Energiewende ins Stocken kommt. Die Wirtschaft warnt angesichts der hohen Energiekosten in Deutschland vor der Abwanderung von Unternehmen.

Landesregierung und Wirtschaft haben ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht, in dem sie von der Bundesregierung ultimativ fordern, die Strompreise bis zum 1. Januar zu senken. Nach diesen Plänen könnte der Industriestrompreis auf 7 Cent pro Kilowattstunde festgelegt werden. Das Netzentgelt von 9,5 Cent soll gestrichen, die Stromsteuer von 2 auf einen halben Cent gesenkt werden. Die Wirtschaft zahlt derzeit bis zu 20 Cent, Privathaushalte bis zu 40 Cent.

„Wir haben große Herausforderungen bei der Industrie, um inter-

national noch wettbewerbsfähig zu sein“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) dieser Zeitung. Die Strompreise seien auch für die Bürger zu hoch und behinderten etwa den Umstieg auf E-Autos oder die Anschaffung von Wärmepumpen. „Wenn wir nicht wollen, dass es weiter zu Verunsicherung kommt und Unternehmen abwandern, müssen wir dringend beim Strompreis handeln“, sagte Lies. „Wir brauchen eine Deckelung sofort.“ Der SPD-Politiker schätzt die Gesamtkosten für den Bund auf rund 20 Milliarden Euro.

„Es kann nicht sein, dass Stromkunden und Unternehmen im Norden für den Netzausbau besonders hohe Netzentgelte zahlen, weil wir so viel erneuerbare Energie anschließen“, sagte Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne). Der Netzausbau sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Energiewende. „Wir wollen daher die Menschen im Norden von hohen Strompreisen entlasten und diese Ungerechtigkeit angehen.“ Der Bund müsse handeln – entwe-

20

Milliarden Euro würde den Bund das von Niedersachsen Landesregierung und Industrieverbänden geforderte Paket von Stromrabatten kosten.

der durch einheitlich niedrigere Netzentgelte oder durch die Finanzierung aus Bundesmitteln.

Hinter dem Positionspapier steht ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kammern und Verbänden, darunter unter anderem die Industrie- und Handelskammern Niedersachsen sowie die Handwerkskammern.

Die Industriegewerkschaft IGBCE und die Verbände der chemischen Industrie warnten davor, dass ohne Industriestrompreis Investitionen nicht mehr in Norddeutschland getätigt würden. Erste Produktionsanlagen seien bereits abgestellt worden, weitere würden zunehmend auf den Prüfstand gestellt. „Solange nicht ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht, muss die Bundesregierung sofort Maßnahmen für eine bezahlbare Energieversorgung umsetzen“, forderte Sarah Saedy-Nory, Hauptgeschäftsführerin des Arbeitgeberverbandes Chemie-Nord.

„Wir können nicht tatenlos der

Erosion des industriellen Kapitalstocks zusehen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Niedersachsen-Metall, Volker Schmidt. „In einem System offener Grenzen sind im Zuge eines globalen Standortwettbewerbs Betriebsverlagerungen an kostengünstigere Produktionsstandorte eine reale Größe, keine theoretische Gefahr.“

Die gestiegenen Energiepreise gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit, warnte auch der Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen, Volker Müller. „Für die Transformation unserer Wirtschaft hin zu einer klimaneutralen Produktion ist die Industrie auf verlässliche und internationale wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen.“ Nur dann würden klimaneutrale Produkte bezahlbar und somit Arbeitsplätze geschützt.

Zuvor hatten bereits mehrere Länder gemeinsam niedrigere Strompreise gefordert – allerdings bislang nur für Industrie und Produktion.

Quelle: HAZ, 19. Juli 2023

Ein Anflug von Pragmatismus? Mitnichten. Kern des Positionspapiers der niedersächsischen Landesregierung ist zu einer Umverteilung der Lasten zu kommen, die neuen Konfliktstoff birgt. Kurz gesagt sollen die Bundesländer, die bisher beim Ausbau der Erneuerbaren kaum vorangekommen sind, höhere Kosten tragen als die Länder, denen das bereits gelungen ist. Also hohe Netzentgelte für den Süden, geringere für den Norden. Die Netzentgelte sollen wiederum aus dem Strompreis herausgenommen und über den Bundeshaushalt finanziert werden.

Ein Dilemma, denn erstens wird der Süden bei diesem Unterfangen nicht mitmachen und zweitens ist da noch ein Finanzminister, der mit Ausnahme für Verteidigung gar nichts von höheren Ausgaben hält und das Dogma Schuldenbremse wie eine Monstranz vor sich herträgt. Aber nicht nur er. Auch den Landesregierungen fällt nichts besseres ein, als zu sparen. Zum Beispiel bei der Städtebauförderung, die arg zusammengestrichen wurde oder beim Breitbandausbau und damit der Digitalisierung. Die einstigen Zukunftsthemen fallen aufgrund der angespannten Haushaltslage dem Rotstift zum Opfer. Ein weiterer Konflikt. Denn die Kommunen müssen es ausbaden, bekommen weniger Geld und müssen bis 2026 bzw. 2028 zudem eine Wärmeplanung vorlegen, deren Finanzierung ungeklärt bleibt.

Breitbandausbau: Land streicht Förderung für schnelles Internet

Landesregierung verweist auf angespannte Haushaltslage / Niedersachsens Kommunen kritisieren „Depriorisierung des Glasfaserausbau“ – und hoffen auf Korrektur

Von Elisabeth Woldt

Hannover. Die Landesregierung streicht im kommenden Jahr die Förderung für den Breitbandausbau in Niedersachsen. Darüber hat das Wirtschaftsministerium in dieser Woche die Kommunen per E-Mail informiert. Beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (NSGB) sorgt diese Entscheidung für Unverständnis: „Der geförderte Glasfaserausbau in Niedersachsen dürfte damit vorerst zum Erliegen kommen“, kritisiert Sprecher Stephan Meyn. Man hoffe nun auf eine Korrektur bei den anstehenden Beratungen für den nächsten Landeshaushalt. „Wir können nicht verstehen, dass Digitalminister Olaf Lies eine solche Depriorisierung des Glasfaserausbau zulässt“, sagt Meyn.

Betroffen seien nicht nur die Landkreise, die die Mittel gebündelt beantragen, sondern auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit bislang schlechter Glasfaserversorgung, heißt es beim NSGB. Laut Wirtschaftsministe-

rium sind neun Landkreise und eine kreisfreie Stadt von der Streichung der Fördermaßnahmen betroffen.

Ländliche Gebiete abgehängt?

Scharfe Kritik an der Haushaltsplanung gibt es auch von der CDU: Der Landtagsabgeordnete Marcel Scharrelmann spricht von einem „fatalen Signal für den Ausbau der digitalen Infrastruktur“. Die Landesregierung spare an der falschen Stelle. „Digitalminister Olaf Lies muss daher dringend nachsteuern, damit insbesondere ländliche Gebiete hier nicht abgehängt werden“, sagt der CDU-Politiker.

Das Wirtschaftsministerium begründet die Streichung mit der angespannten Haushaltslage und verweist auf die erhebliche Geldsumme, die man in den vergangenen Jahren dafür zur Verfügung gestellt habe. Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die daraus resultierende Energiepreiskrise, der Klimawandel und die notwendige Transformation hätten den finan-

ziellen Druck erhöht. Daher müssten die Vorhaben der Landesregierung priorisiert werden, erklärt ein Sprecher.

„Netzausbau fortsetzen“

Unabhängig von der Förderung müsse der Ausbau der Glasfasernetze in Niedersachsen fortgesetzt werden, sagt Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD). Entscheidend werde es sein, dass die Kosten für den Ausbau gesenkt werden. Gleichzeitig müssten auch die bisherigen Förderungen weiterentwickelt werden. „So ist zum Beispiel eine aktuell notwendige Förderung von 60 Millionen Euro für lediglich 2000 neu angeschlossene Gebäude wirtschaftlich nicht abbildbar“, sagt Lies.

Laut Zahlen des Wirtschaftsministeriums sind aktuell 58 Prozent aller Gebäude in Niedersachsen mit Glasfaser erschlossen, die für schnelleres Internet sorgen soll. 81 Prozent aller Gebäude sind demnach mit schnellem Internet (mindestens 1 Gigabit pro Sekunde) versorgt. Das Potenzial für den pri-

vativwirtschaftlichen Ausbau in Niedersachsen liegt laut einer Analyse des Bundes von Anfang 2023 bei 88 Prozent.

Bund fördert weiter

Das Wirtschaftsministerium betont zugleich, dass die Finanzierung bereits positiv beschiedener Projekte nicht infrage gestellt werde, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel stünden weiterhin zur Verfügung.

Unabhängig von der niedersächsischen Förderung stehen außerdem 220 Millionen Euro Bundesmittel bereit. „Der Abruf der Mittel ist nicht an eine Kofinanzierung durch uns gekoppelt. Unabhängig von unserer Förderung können Anträge beim Bund gestellt werden und mit 50 Prozent Förderung Projekte umgesetzt werden“, stellt das Wirtschaftsministerium klar. Bisher hatte das Land weitere 25 Prozent beigesteuert, während die Kommunen die übrigen 25 Prozent übernahmen.

Der Haushalt für das kommende Jahr wird voraussichtlich Ende des Jahres vom Landtag verabschiedet.



Die Landesregierung spart an der falschen Stelle.

Marcel Scharrelmann (CDU), Landtagsabgeordneter

Quelle: HAZ, 20. Juli 2023

Solange Fesseln wie die Schuldenbremse existieren und eine Regierung im Amt ist, die daran nichts ändern will, wird sich der Abwärtssog verstetigen. Beinahe täglich kommen Berichte herein, die zeigen, wie sich die geplante Kürzungspolitik im Alltag auswirkt.

Freiwilligendienst: Land kritisiert Kürzungspläne

Bundesregierung will Millionen Euro einsparen / Sozialminister Philippi: Streichungen schwächen Seniorenheime, Kitas, Kultur und den Sport

Von Marco Seng

Hannover. Niedersachsen hat die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen beim Freiwilligendienst scharf kritisiert. Sozialminister Andreas Philippi warnte davor, dass dadurch auch in Niedersachsen viele Stellen in sozialen Berufen wegfallen könnten und auch Projekte gestrichen werden müssten. Der SPD-Politiker sprach von einer „wirklich schlechten Idee“ und einem „fatalen Signal“ der Politik an engagierte junge Menschen.

„In Sonntagsreden mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt einfordern und montags den Freiwilligendienst zusammenstreichen – da fallen Worte und Taten völlig auseinander“, sagte Philippi der HAZ. Die geplanten Kürzungen schwächen soziale Einrichtungen, Seniorenheime, Kitas und Schulen. Aber auch die Kultur, den Sport und den Naturschutz würde der Verlust vieler Freiwilliger schmerzhaft treffen. „So etwas beschädigt die Glaubwürdigkeit von Politik“, sagte Philippi. „Wir brauchen mehr freiwilliges Engagement, nicht weniger.“

Die Berliner Ampelkoalition hat

im Haushalt für das nächste Jahr für Freiwilligendienste wie das Soziale und das Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) weniger Geld vorgesehen. Nach Angaben von Sozialverbänden sollen 78 Millionen Euro gestrichen werden. Das entspricht rund 24 Prozent aller Bundesmittel, hieß es. Bis 2025 sollen die Zuschüsse insgesamt sogar um rund 35 Prozent gekürzt werden.

Das „würde zu einem Verlust von 25.000 bis 30.000 Plätzen führen“, hieß es in einem Schreiben des Hauptgeschäftsführers des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP, Grünen, Union und Linkspartei, aus dem unser Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) zitiert. In Niedersachsen engagieren sich laut Sozialministerium rund 4000 junge Frauen und Männer in Jugendfreiwilligendiensten. Das Land fördert das Freiwillige Soziale Jahr demnach jährlich mit 737.000 Euro.

Auch die Union hat die geplanten Kürzungen bei den Freiwilligendiensten gerügt. „Gerade bei unseren jungen Menschen, die in der Pandemie viele Opfer gebracht



Das ist ein fatales Signal der Politik an engagierte junge Menschen.

Andreas Philippi (SPD),
Sozialminister in
Niedersachsen

haben, will die Ampel nun sparen“, sagte die stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Dorothee Bär der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“. Das hinterlasse sie fassungslos.

Philippi warnte davor, dass jungen Menschen der Erstkontakt mit sozialen Berufen erschwert werde. „Dabei haben wir vor allem in Pflege- und Erziehungsberufen einen eklatanten Fachkräftemangel.“ Der Freiwilligendienst sei ein Türöffner zu diesen Berufen, eine Schrupfkur also auch arbeitsmarktpolitisch sehr kurzfristig. „Auch in Niedersachsen werden viele Stellen wegfallen. Dabei kämpfen wir mit vielen Projekten für mehr freiwilliges bürgerschaftliches Engagement.“

Der SPD-Politiker kritisierte auch Vorschläge – etwa aus der eigenen Bundestagsfraktion –, einen sozialen Pflichtdienst einzuführen. Das wirke vor diesem Hintergrund geradezu grotesk. „Wenn wir es nicht einmal schaffen, ausreichend freiwillige Angebote für alle, die sich für die Gemeinschaft einbringen möchten, bereitzuhalten, dann können wir auch keine Pflicht einfordern.“

Quelle: HAZ, 24. Juli 2023

Ausgerechnet die SPD plant nach der Sommerpause einen neuen Anlauf für den sozialen **Pflichtdienst**. Dieser solle Respekt im Umgang und ein stärkeres Miteinander im Land fördern. Und das, nachdem man die Mittel für Freiwilligendienste zusammengestrichen hat. Ein Pflichtdienst für SPD-Politiker, um zu lernen wie soziale Politik geht, wäre vielleicht sinnvoller. In jedem Fall sind die Vorschläge das Ergebnis eines Dogmatismus, von dem die deutsche Politik nicht lassen kann oder will. Dabei kritisieren selbst die **arbeitgebernahen Institute** inzwischen den eingeschlagenen Kürzungskurs. Stereotype Feststellungen, „*wonach staatliche Schulden immer schlechte Schulden sind, ist ökonomisches Denken der Neunzigerjahre.*“

Es braucht mehr öffentliche Schulden, aber nicht nur, um damit dringend benötigte Investitionen zu tätigen, sondern auch um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Unternehmen als quasi naturwüchsige Schuldner ausfallen. Sie sind weltweit schon länger zu Nettosparern geworden, brauchen also auch keine Steuersenkungen, um zu Mitteln zu kommen, die sie für Investitionen schon längst in ihren Büchern haben. Das ist die **ökonomische Zeitenwende** vor der sich Deutschland nicht verschließen darf. Der Staat muss die Rolle des Antreibers übernehmen. Schuldenbremse und Haushaltsdogmatik stehen dem im Weg. Amerika macht es besser und ist mit seinem **Pragmatismus dem deutsch/europäischen Dogmatismus offenbar weit überlegen.**

Eine neue Partei

Wem das bei den Präsidentschaftswahlen 2024 nutzt, ist offen. Europa steht jedenfalls vor einer weiteren Rechtsverschiebung. In Spanien könnte es nach der Parlamentswahl [gestern](#) einen Regierungswechsel geben. In Deutschland schwächelt die Ampel schon länger, die AfD gewinnt in Umfragen hinzu. In Thüringen wird sich die CDU im nächsten Jahr entscheiden müssen, mit welchem politischen Grundsatz sie brechen will, nie mit den Linken oder nie mit der AfD. Parallel dazu taucht bei den Demoskopern eine Liste Sahra Wagenknecht mit viel Potenzial auf. Sie könnte auf Anhieb stärkste Kraft werden.

Eine solche Partei abzufragen, die es noch gar nicht gibt, hat jetzt keinen großen Aussagewert. Es zeigt aber, dass viele Menschen, mit dem, was auf dem Wahlzettel steht, nichts mehr anfangen können. Es muss eine Regierung im Wartestand geben. Das ist das Urprinzip der Demokratie, das in Deutschland leider schon lange nicht mehr gilt. Zuletzt war 1998 klar, dass eine Opposition gemeinsam antritt, um eine Regierung abzulösen. Danach war nur noch Wundertüte. Bis heute herrscht der Trend vor, eher zu erklären, mit wem man nicht regieren will, bis hin zur vollständigen Tabuisierung einer Partei, die gerade auch deswegen immer stärker wird.

In der vergangenen Woche erklärte der CDU-Chef Friedrich Merz, dem es bislang nicht gelungen ist, wie angekündigt, die AfD zu halbieren, das seine Partei künftig eine „[Alternative für Deutschland mit Substanz](#)“ sein solle. Daraufhin startete die Empörungswelle. Ein schockierter Kevin Kühnert trat vor die [Kameras](#) und empfahl, Merz solle in den Urlaub fahren und dort noch einmal nachdenken, ob das sein Beitrag zur politische Debatte sein soll. Zuvor sorgte sich der SPD-General noch um die Mitglieder der stolzen, konservativen, demokratischen Partei in Deutschland [sic!], die für die Demokratie die Fahne hochhalten und nun vom Parteivorsitzenden respektlos behandelt würden.

Kühnert liegt also mehr am Wohlergehen der CDU und deren Mitgliedern als an den Menschen, die sich nicht mal mehr eine Woche Urlaub [leisten](#) können. Herr Merz solle sich nicht an der AfD abarbeiten, sondern stolz darauf sein, dass SPD und CDU – gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder – immer noch so etwas wie Volksparteien seien. Vielleicht sind das ja weitere Gründe für den steten Zuwachs der AfD. Selbstüberschätzung und die Weigerung, sich inhaltlich mit ihr zu beschäftigen. Die Markierung als demokratiefeindliche rechtsextreme Partei muss reichen. Nur nutzt sich das immer mehr ab, bis hin zum Absurden.

Denn noch lustiger reagierte Konstantin von Notz (Grüne) auf Twitter. Er schrieb entsetzt: „*Dass die Union im Bund die breite Mitte preisgibt, um Rechtsdraussen irgendwelche ideologischen Verrücktheiten auszufechten, ist komplett irre.*“ Wenn die Union die breite Mitte preisgibt, wäre doch nach aller vorhandenen Logik mehr Platz für andere da, wie zum Beispiel SPD und Grüne, die doch gerade erklärten, nicht über AfD-Stöckchen springen zu wollen, sondern die Menschen mit ihrem eigenen Programm überzeugen zu können. So gesehen, scheinen dann doch Politiker komplett irre zu sein, die sich vor allem um den Zustand einer Partei sorgen, der sie gar nicht angehören.

Zentraler Erfolgsfaktor der AfD liegt in ihrer Besprechung durch andere. Damit lockt sie die übrigen Parteien in die Falle. Zahlreiche Talks und Debatten über AfD, oft unter Vermeidung ihrer Beteiligung. Eine Exklusionsrendite. Je härter die Demarkation, desto stabiler die Werte. <https://t.co/cS25ve3qri>

— Marcel Schütz (@schuetz_marcel) July 22, 2023

Bildnachweis: Screenshot, HAZ Titelseite vom 24. Juli 2023

This entry was posted on Monday, July 24th, 2023 at 8:47 am and is filed under [Wirtschaft](#). You can follow any responses to this entry through the [Comments \(RSS\)](#) feed. Both comments and pings are currently closed.